

2014-07-15

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 18.06.2014

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:45 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau  
**Leitung der Sitzung:** Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender  
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter  
Frau Storz 2. Stellvertreterin  
**Anwesend:** **Soll: 50** **Ist: 40**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

**Es fehlten:**

### **Fraktion NEUES FORUM**

Tonndorf, Klaus

### **Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Pätzold, Hans-Joachim  
Schönemann, Ralf  
Schwierz, Andreas

### **Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN**

Lütje, Daniela  
Tietz, Gabriele Dr.  
Weber, Ralf-Peter Dr.

### **Fraktion der FDP**

Neubert, Jürgen Dr.

### **Mitglied Freie Wähler**

Göricke, Hagen Unentschuldigt

### **Mitglied DVU**

Knop, Ingmar Unentschuldigt

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr **Stadtratsvorsitzender Dr. Stefan Exner** eröffnete die letzte Sitzung dieser Legislaturperiode. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 32 anwesenden Stimmberechtigten fest.

### 2 **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur vorgeschlagenen Tagesordnung merkte Herr **Oberbürgermeister Koschig** an, dass die als TOP 8.3 angeführte Beschlussvorlage zur Neufassung des Gesellschaftsvertrages der DVV vorerst zurückgezogen werde. Des Weiteren soll die unter dem nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt 9.1 genannte „Bestätigung des Zuwendungsvertrages für das Anhaltische Theater Dessau“ nunmehr öffentlich behandelt und beschlossen werden. Dazu habe man sich in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vereinbart.

Zum Verfahren erläuterte der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner**, die BV/154/2014 – ehemals TOP 9.1 – würde im öffentlichen Teil der Sitzung als Punkt 8.13 eingeordnet, jedoch zeitlich vor dem TOP 8.1 behandelt und beschlossen werden.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

### 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 02. Juni 2014**

Die Niederschrift wurde einstimmig bestätigt.

### 4 **Berichte des Oberbürgermeisters**

#### 4.1 **Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

Aus dem zurückliegenden Berichtszeitraum vom 02. bis 17. Juni 2014 berichtete Herr **Oberbürgermeister Klemens Koschig** zunächst über die am Freitag, 13.06.2014, stattgefundenen Wiedereröffnung einer weiteren voll sanierten Kindereinrichtung, die **Caritas-Kindertagesstätte „Maria Montessori“**. Die Baumaßnahme dauerte ca. 15 Monate, für die insgesamt 2,7 Mio. € aufgewendet wurden. Die Stadt förderte mit einer Zuwendung in Höhe von knapp 360 T€ die Sanierung.

Ein besonderes Veranstaltungswochenende war das Wochenende 14. und 15. Juni. In Dessau-Roßlau fand der **2. Lange Tag der STADTNatur** mit 45 Angeboten für die ganze Familie statt. Es konnten Natur und Landschaft an 28 Orten erlebt werden. Dazu gehörte auch eine Stadtumbau-Tour durch die südliche Innenstadt, wozu sich Herr Koschig allerdings mehr Teilnehmer gewünscht hätte. Er dankte allen Veranstaltern und Unterstützern, vor allem Lotto-Toto Sachsen-Anhalt.

Die hochkarätigste Veranstaltung war ohne Zweifel die 16. Auflage des Internationalen **Leichtathletik-Meetings „ANHALT 2014“** am 11.06.2014 im Paul-Greifzu-Stadion. Das Meeting gehörte deutschlandweit wieder zu den ersten großen internationalen Leichtathletikveranstaltungen und diente somit der nationalen und internationalen Standortbestimmung für viele Athleten und war Qualifikationsmeeting zum Erreichen der Norm für die Europameisterschaften im August in Zürich (Schweiz). Bei der Auswahl und Zusammenstellung der 15 Disziplinen wurde wieder ein guter Mix aus Sprint, Mittelstrecken und technischen Disziplinen gefunden.

Eine ganz besondere und herausragende Verpflichtung war die von Diskus-Olympiasieger, Weltmeister und Europameister Robert Harting, der dann auch den 12 Jahre alten Stadionrekord mit 66,10 Metern brach. Insgesamt wurden im Paul-Greifzu-Stadion sechs neue Stadionrekorde erzielt. Es war eine sensationelle Stimmung im Stadion, weit über 5.000 Zuschauer brachten die Athleten zu teilweise sehr guten Leistungen.

Doch nicht nur die Athleten allein standen im Zentrum des Meetings mit seinen knapp 200 Athleten. Das Sportamt der Stadt Dessau-Roßlau als Veranstalter und Ausrichter des Meetings in enger Kooperation mit dem 1. LAC Dessau und weiteren Vereinen wie zum Beispiel dem PSV 90 Dessau präsentierten auch in diesem Jahr ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm u. a. mit dem Kindersportfest sowie den Wettkämpfen für „Anhalt sucht den Supersprinter“ und „Anhalt läuft“.

Die Berichterstattung zum Meeting war erneut sehr umfangreich, sowohl in den regionalen Fernsehsendern als auch beim Mitteldeutschen Rundfunk und im ZDF-Morgenmagazin kam es zu einer Vielzahl von Berichten.

Dem Sportdirektor Ralf Hirsch und seinem 200-köpfigen Helferteam sprach Herr OB Koschig ein herzliches Dankeschön aus.

Eine besonders schöne Veranstaltung fand am 7. Juni im Meinsdorfer Schwimmbad statt. Es konnten **20 Jahre „Europadorf“** gefeiert und anschließend dem Sport- und Traditionsvereins Meinsdorf e.V. zur 20. Saison gratuliert werden. Es ist enorm, was die Meinsdorfer hier leisteten und das Meinsdorfer Modell wurde für manchen Verein zum Vorbild, um durch bürgerschaftliches Engagement ein Schwimmbad oder eine andere öffentliche Einrichtung vor der drohenden Schließung zu bewahren. Anlässlich der Landesbauausstellung im Jahr 1994 unter dem Motto „Bauen und Wohnen in Europa“ konnten mehr als 260 Wohnungen in Beiträgen von 11 Investoren aus 7 europäischen Ländern entstehen und dies auf einer Freifläche von 10 ha innerhalb von zwei Jahren.

Trotz des knappen Zeitbudgets von der Zuschlagserteilung der Landesregierung zur Errichtung des Europadorfs am 1. Juli 1992 bis zur Landesbauausstellung im Juni 1994 konnte die Stadt Roßlau die hohen Anforderungen an einen modernen beispielhaften Siedlungsbau überzeugend umsetzen.

Im Zusammenhang mit dem Meinsdorfer Pfingstgelage fand dann am Samstag die Festveranstaltung zu „20 Jahre Europadorf“ in Meinsdorf statt. An der öffentlichen Podiumsdiskussion nahm u. a. Dr. Karl-Heinz Dähre, Minister für Raumordnung und Städtebau und Wohnungswesen a. D., Karl Gröger, Baudezernent und Bürgermeister a.D., Hans-Ulrich Plaßmann, Büro ASP Agentur für Städtebau, Helmut Echterhoff, Echterhoff Baugesellschaft, Detlef Hopfgarten, SALEG Sachsen-Anhaltische Landesentwicklungsgesellschaft mbH, Prof. Nestler vom Landesverwaltungsamt und

damaligen Regierungspräsidium Dessau und Wolfgang Schmieder, damaliger Tiefbau- und Umweltamtsleiter teil. Daran schlossen sich ein Rundgang durch das Europadorf Meinsdorf sowie eine Feierstunde im Festzelt an.

Das Europadorf gab letztendlich den Anlass zur **Gründung des Sport- und Traditionsvereins Meinsdorf** und zur Übernahme des Bades in Vereinsträgerschaft und sogar in Vereinseigentum. Herr Koschig wünschte dem Meinsdorfer Verein weiterhin viel Erfolg in seiner Arbeit.

Mit einem großen **Sängerfest**, zu dem 8 Chöre auf die Wasserburg geladen worden waren, wurden 180 Jahre Männergesang in Roßlau festlich gefeiert.

Der **Burgsommer** findet nun seine Fortsetzung mit dem Ska-Festival am 27. / 28. Juni. Es ist das größte Musikfestival seiner Art in Europa. Am 31. Juli haben die beiden kurzen Stücke des Großmeisters der französischen Farce „Bärendienste“ und „Ihre Mutter selig“ im **Burgtheatersommer** ihre Premiere. Bis zum 17. August werden 12 Aufführungen sowie vier Kindertheateraufführungen sein.

Eingeladen werde auch zur Fete de la musique am 21.06. und zum Elbebadefest am 29.06. Das diesjährige Leopoldfest findet am Wochenende 04.07. - 06.07. statt. Herr OB Koschig rief dazu auf, zahlreich am Festumzug am Sonntag teilzunehmen. Treffpunkt ist um 12.00 Uhr an der Museumskreuzung. Bis zur Konstituierung des neuen Stadtrates ist der alte noch im Amt.

Am 3. Juni wurde in der Orangerie die **Sonderausstellung „Sammlerglück“ Teil 2** eröffnet und im Fremdenhaus werden Arkadische und heimische Landschaften von Adolf von Heydeck und Friedrich Chapon gezeigt. Es ist neben Karl-Wilhelm Kolbe das Verdienst von Chapon, dass die Dessauer Auenlandschaft in den Landschaftsdarstellungen anhaltischer Künstler zu ihrer Bildwürdigkeit fand und eine Idealisierung der Natur nach und nach ablöste.

Mit Hilfe ehrenamtlich Tätiger, darunter zweier in Ausbildung zum Erzieher befindlicher Jugendlicher konnte die Öffnung des **Jugendtreffs Mosigkau** gesichert werden. Diese war in Gefahr, weil die Besetzung mit einer Mitarbeiterin über „Aktiv zur Rente Plus“ nicht wie ursprünglich geplant zum 1. April erfolgen konnte. Es geschieht jetzt zum 1. Juli. Ein herzliches Dankeschön richtete Herr OB Koschig an die 4 Bürger, die sich bei der Absicherung des Betriebes abwechseln.

Die Informationen zum **Baugeschehen** usw. wurden wie üblich schriftlich ausgehändigt. Hier erwähnte Herr Koschig ergänzend,

- dass am Freitag, 20. Juni **der Grundstein für das neue Seniorenheim** des Saarländischen Schwesternverbandes an der Feldstraße in Roßlau gelegt wird.
- Die Fertigstellung des **Ersatzneubaus für das Alten- und Pflegeheim in der Waldstraße 15** ist für Mai nächsten Jahres geplant, ein schöner Beitrag im Jubiläumsjahr 800 Jahre Roßlau.
- Die Landesstraßenbaubehörde informierte, dass wegen einer veränderten Technologie die **Ausfahrten Ost und Vockerode der Autobahn A 9** in Richtung München mindestens bis 26. August gesperrt bleiben.  
Ein Kommentar erübrige sich.

Am vergangenen Montag war Frau Dr. Claudia Perren in unserer Stadt und stattete auch Herrn OB Koschig einen Besuch ab. Sie tritt am 1. August ihren Dienst als **Dirktorin der Stiftung Bauhaus Dessau** an und wird auch in unserer Stadt wohnen. Sie hat bedauert, zur Eröffnung der Meisterhäuser nicht dabei gewesen zu sein und freut sich schon sehr auf ihre neue Aufgabe.

Am 11. Juni wurde an der **Stele im Stadtpark** an die Ermordung Alberto Adrianos u.a. in einem interreligiösen Gebet gedacht. Ehrengast war die Vizepräsidentin des Landtages Sachsen-Anhalt, Dr. Paschke. Kirchenpräsident Liebig gedachte vor dem Hauptbahnhof des vor 6 Jahren ermordeten Obdachlosen Sbrzesny und im Multikulturellen Zentrum wurde eine Ausstellung über die NSU-Morde eröffnet.

Am 12. und 13. Juni fand hier im Ratssaal die **44. Oberbürgermeisterkonferenz** in den neuen Bundesländern statt. Schwerpunktthemen waren der Stadtumbau und die Verkehrsinfrastruktur. Für das nächste Jahr ist ein bundesweiter **Tag der Städtebauförderung** geplant, um die Öffentlichkeitsarbeit auf dem Gebiet zu forcieren. Dessau-Roßlau ist dabei eine der Modellstädte und Herr OB Koschig konnte hier z. B. über die Stadtumbautouren berichten.

Die Gäste haben sich bei uns sehr wohl gefühlt und waren von den Meisterhäusern begeistert. Mehrere Oberbürgermeister haben angekündigt, im Sommer die Bauhausstadt im Gartenreich besuchen zu wollen.

Am 30. Juni **ende seine Amtszeit als Oberbürgermeister** der kreisfreien Doppelstadt und damit auch ein fast 24jähriger Dienst als Bürgermeister, führte Herr Koschig weiter aus. Bis zum Amtsantritt des neuen Oberbürgermeisters, der mit Übergabe der Ernennungsurkunde durch den/die Vorsitzende(n) des Stadtrates erfolgt, führt die Bürgermeisterin die Amtsgeschäfte. Herr Koschig gratulierte allen gewählten bzw. wiedergewählten Stadträten und wünschte ihnen viel Erfolg in ihrer Arbeit.

Bei ersten Aufräumarbeiten sei ihm das Manuskript seiner Ansprache in die Hände gefallen, mit der er sich am 23. Mai 1990 in der Roßlauer Stadtverordnetenversammlung um das Bürgermeisteramt beworben hatte. Er hatte aus dem 12. Kapitel des Römerbriefes zitiert, den er heute auf den weiteren Weg mitgeben wolle:

*„Keiner soll höher von sich denken, als es angemessen ist, bleibt bescheiden und sucht das rechte Maß. Gott hat jedem seinen Anteil an den Gaben zugeteilt, die der Glaube schenkt. Daran hat jeder einen Maßstab, wie er von sich denken soll. Denkt an den menschlichen Körper, er hat verschiedene Teile und jeder Teil hat seine besondere Aufgabe. Aber der Körper bleibt deshalb doch einer.“*

Jeder soll bei seiner Gabe bleiben und sie für die Gemeinde fruchtbar machen. Wer die Unterstützung für bedürftige Gemeindeglieder verteilt, muss es korrekt und unparteiisch tun. Wer Aufgaben in der Gemeinde übernimmt, darf es nicht an Eifer fehlen lassen. Wer anderen Gutes tut, soll es mit Freude tun, schloss Herr Koschig und bedankte sich.

#### **4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

entfallen

## 5 Bericht des Beirates für Menschen mit Behinderung

Der Bericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau ist **Anlage 1 zur Niederschrift**.

**Frau Engelmann** hielt ihren Bericht über den Zeitraum Oktober 2011 bis Juni 2014 mündlich vor dem Gremium. Darin benannte sie die festgelegten Sprechzeiten, mittwochs von 10-12 Uhr im Rathaus sowie die Möglichkeiten für telefonische Beratung und Absprachen im häuslichen Umfeld oder am Arbeitsplatz. Kritisch merkte sie an, dass die auf den Internetseiten der Stadt ausgewiesene Telefonnummer nicht richtig war. Sie wurde zwischenzeitlich korrigiert. Bedauerlicherweise sei es nicht möglich, in der Mitteldeutschen Zeitung die Sprechzeiten zu publizieren.

Allgemeine Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind

- die Beratung zum Antrag auf Feststellung des Grades der Behinderung beim Versorgungsamt Sachsen-Anhalt und Unterstützung bei der Antragstellung.
- Motivation und Unterstützung bei der Formulierung eines Widerspruchs, aber auch Beratung zu behindertengerechtem Wohnen und Wohnformen in der Stadt, ambulanten und stationären Angeboten
- Beratung zu Leistungen der Pflegeversicherung und zu Leistungen des Integrationsamtes an Arbeitgeber und Arbeitnehmer
- Beratung bei individuellen Problemen am Arbeitsplatz gemeinsam mit dem Arbeitnehmer und –geber vor Ort, z. B. zu Arbeitszeiten und Überstunden, aber auch Akzeptanz durch die Kollegen,
- Beratung zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Titel 5, Vertretung und Vollmacht.

An dieser Stelle zeigte Frau Engelmann Beispiele für Bürgeranliegen auf, die die Vielfalt der ehrenamtlichen Tätigkeit widerspiegeln.

Dauerhaft und aktuell sei das Problem des barrierefreien Zugangs in beiden Bahnhöfen, also in Dessau und in Roßlau. Zum jetzigen Zeitpunkt seien auch noch nicht alle Einrichtungen der Stadt barrierefrei, als ein gutes Beispiel ist aber das Kornhaus zu nennen. Hier können alle Zugänge genutzt werden, der des Ratskellers dagegen nicht.

Frau Engelmann berichtete über den am 10. Mai auf dem Gelände des Berufsschulzentrums stattgefundenen Tag der Begegnung für Menschen mit und ohne Behinderung. Diese Veranstaltung wurde vom Behindertenbeirat der Stadt organisiert und durchgeführt. Solche Veranstaltungen bedeuten im Vorfeld für den Behindertenbeirat, der sich regelmäßig trifft, einen großen Kraftaufwand. Für die Zukunft wurde überlegt, diese Veranstaltung in ein Stadtfest zu integrieren, so dass das Miteinander besser gegeben ist.

Das Land Sachsen-Anhalt bietet den kommunalen Behindertenbeauftragten in regelmäßigen Abständen Möglichkeiten zum Gedankenaustausch. Hinzu kommen regelmäßige Veranstaltungen des Runden Tisches mit verschiedenen Arbeitsgruppen. In diesem Zusammenhang habe sich Frau Engelmann für die Arbeitsgruppe Behinderte und Arbeitswelt entschieden, da ihre hauptamtliche Tätigkeit in diesem Bereich unbedingten Handlungsbedarf vermittelt.

Insgesamt müsse **Frau Engelmann** feststellen, dass diese Tätigkeit einen wesentlich höheren Arbeitsaufwand fordert, als zuvor von ihr eingeschätzt worden war. Sie finde

es aber schön, dass sie gemeinsam mit Bürgern der verschiedensten Altersklassen und den unterschiedlichsten Sorgen und Problemen erfolgreich den Weg durch den Behördenschwungel gehen konnte.

Nachfragen gab es nicht, **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** bedankte sich bei Frau Engelmann und schloss den Tagesordnungspunkt.

.

**Frau Engelmann** hielt ihren Bericht über den Zeitraum Oktober 2011 bis Juni 2014 mündlich vor dem Gremium. Darin benannte sie die festgelegten Sprechzeiten, mittwochs von 10-12 Uhr im Rathaus sowie die Möglichkeiten für telefonische Beratung und Absprachen im häuslichen Umfeld oder am Arbeitsplatz. Kritisch merkte sie an, dass die auf den Internetseiten der Stadt ausgewiesene Telefonnummer nicht richtig war. Sie wurde zwischenzeitlich korrigiert. Bedauerlicherweise sei es nicht möglich, in der Mitteldeutschen Zeitung die Sprechzeiten zu publizieren.

Allgemeine Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind

- die Beratung zum Antrag auf Feststellung des Grades der Behinderung beim Versorgungsamt Sachsen-Anhalt und Unterstützung bei der Antragstellung.
- Motivation und Unterstützung bei der Formulierung eines Widerspruchs, aber auch Beratung zu behindertengerechtem Wohnen und Wohnformen in der Stadt, ambulanten und stationären Angeboten
- Beratung zu Leistungen der Pflegeversicherung und zu Leistungen des Integrationsamtes an Arbeitgeber und Arbeitnehmer
- Beratung bei individuellen Problemen am Arbeitsplatz gemeinsam mit dem Arbeitnehmer und –geber vor Ort, z. B. zu Arbeitszeiten und Überstunden, aber auch Akzeptanz durch die Kollegen,
- Beratung zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Titel 5, Vertretung und Vollmacht.

An dieser Stelle zeigte Frau Engelmann Beispiele für Bürgeranliegen auf, die die Vielfalt der ehrenamtlichen Tätigkeit widerspiegeln.

Dauerhaft und aktuell sei das Problem des barrierefreien Zugangs in beiden Bahnhöfen, also in Dessau und in Roßlau. Zum jetzigen Zeitpunkt seien auch noch nicht alle Einrichtungen der Stadt barrierefrei, als ein gutes Beispiel ist aber das Kornhaus zu nennen. Hier können alle Zugänge genutzt werden, der des Ratskellers dagegen nicht.

Frau Engelmann berichtete über den am 10. Mai auf dem Gelände des Berufsschulzentrums stattgefundenen Tag der Begegnung für Menschen mit und ohne Behinderung. Diese Veranstaltung wurde vom Behindertenbeirat der Stadt organisiert und durchgeführt. Solche Veranstaltungen bedeuten im Vorfeld für den Behindertenbeirat, der sich regelmäßig trifft, einen großen Kraftaufwand. Für die Zukunft wurde überlegt, diese Veranstaltung in ein Stadtfest zu integrieren, so dass das Miteinander besser gegeben ist.

Das Land Sachsen-Anhalt bietet den kommunalen Behindertenbeauftragten in regelmäßigen Abständen Möglichkeiten zum Gedankenaustausch. Hinzu kommen regelmäßige Veranstaltungen des Runden Tisches mit verschiedenen Arbeitsgruppen. In diesem Zusammenhang habe sich Frau Engelmann für die Arbeitsgruppe Behin-

derte und Arbeitswelt entschieden, da ihre hauptamtliche Tätigkeit in diesem Bereich unbedingten Handlungsbedarf vermittelt.

Insgesamt müsse **Frau Engemann** feststellen, dass diese Tätigkeit einen wesentlich höheren Arbeitsaufwand fordert, als zuvor von ihr eingeschätzt worden war. Sie finde es aber schön, dass sie gemeinsam mit Bürgern der verschiedensten Altersklassen und den unterschiedlichsten Sorgen und Problemen erfolgreich den Weg durch den Behördenschwungel gehen konnte.

Nachfragen gab es nicht, **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** bedankte sich bei Frau Engemann und schloss den Tagesordnungspunkt.

## 6 Einwohnerfragestunde

**Herr Berghäuser, wohnhaft in Dessau, Friedrich-Schneider-Str. 14**, richtete die Frage an den Oberbürgermeister, warum in der Kurt-Weill-Straße zwei Bäume gefällt wurden und wann die Nachpflanzung erfolgt.

Durch **Herrn OB Koschig** wurde eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

## 7 Öffentliche Anfragen und Informationen

**Herr Glathe, Fraktion der CDU**, erklärte, ihm liege eine Petition zur Schulsozialarbeit vor, weshalb er die 673 Unterschriften dazu an das Präsidium des Stadtrates übergebe. **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** sagte zu, die Unterschriftensammlung pro Schulsozialarbeit an die Verwaltungsspitze weiterzureichen.

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, sprach drei Punkte an, wovon zwei Punkte die zurückliegenden Wahlen betreffen, da er hoffe, über die öffentliche Ausstrahlung der Sitzung in den Medien auch die Wahlvorstände zu erreichen.

- Es gehe um den Umgang mit Wahlplakaten im Umfeld von Wahllokalen. Hier wurde festgestellt, dass mindestens an vier Wahllokalen Wahlplakate abgenommen wurden. Tatsache ist, es gibt keine Bannmeile mehr, so dass ein Aufhängen von Wahlplakaten im öffentlichen Raum, egal wo, berechtigt ist. Insofern ist ein Entfernen durch andere als den Aufhänger rechtswidrig, Diebstahl. Einige von den entfernten Plakaten habe seine Fraktion bis heute nicht wiederbekommen.
- Des Weiteren sprach er den barrierefreien Zugang zu Wahllokalen an. Er bedauere es außerordentlich, dass es nicht gelungen ist, stärker in diesem Bereich barrierefreie Zugänge zu schaffen. Seiner Fraktion sei mitgeteilt worden, dass das Wahllokal Behindertenverband in der Radegaster Straße zugunsten eines Wahllokals in der Mauerschule aufgegeben wurde. Diese ist nicht barrierefrei zugänglich. Genauso verhält es sich in Waldersee und vielen anderen Standorten. In Waldersee musste er zur Stichwahl am letzten Sonntag selbst feststellen, dass eine Rollstuhlfahrerin nicht ins Wahllokal kommen konnte. Diesen Zustand bitte er bis zur Wahl in zwei Jahren zu beheben bzw. hoffe er, dass man mindestens einen guten Schritt nach vorn gekommen ist.



- An Herrn Hantusch gerichtet, bezog er sich auf das Thema Planung Bauhausmuseum am Stadtpark. Es wurde gesagt, dass die Auslegung vorbereitet wird, weshalb Herr Giese-Rehm fragte, ob es inzwischen einen Termin gibt.

**Herr Beigeordneter Hantusch** teilte mit, dass der Termin steht und die Auslegung am 14.07.2014 im Alten Theater sei.

Auf seine Anfrage in der vorletzten Sitzung kam **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke und Stellv. des Stadtratsvorsitzenden**, zurück. Er hatte gefragt, was aus den Finanzmitteln aus dem Spiel Dessau 05 : Bayern München geworden ist. Inzwischen habe Herr Hoffmann direkt an das Management von Bayern München geschrieben und die Antwort erhalten, dass sie nicht auf das Geld verzichtet haben. Es gebe also keine Verdachtsmomente gegen Herrn Hirsch und seine Mannschaft.

Zum Tagesordnungspunkt gab es keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Exner** diesen schloss.

**8 Beschlussfassungen**  
**8.1 Feststellung der Jahresrechnung 2011**  
 Vorlage: BV/070/2014/I-14

Der Stadtrat stellte die Jahresrechnung 2011 einstimmig fest.  
Abstimmungsergebnis: 39:00:00

**8.2 Entlastung des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau-Roßlau für das Haushaltsjahr 2011**  
 Vorlage: BV/071/2014/I-14

Herr OB Koschig erklärte sich als befangen und nahm nicht an der Behandlung des TOP teil.

Die Entlastung des OB für das Haushaltsjahr 2011 wurde mehrheitlich erteilt.  
Abstimmungsergebnis: 36:00:02

**8.3 Neufassung des Gesellschaftsvertrages der DVV**  
 Vorlage: BV/139/2014/II-30

**abgesetzt**

**8.4 Satzung zur Festlegung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern der Stadt Dessau-Roßlau in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen**  
 Vorlage: BV/124/2014/V-51

Die Einführung in den Tagesordnungspunkt bzw. die Beschlussvorlage zur Satzung gab Herr **Beigeordneter Dr. Raschpichler**. Er setzte das Gremium über das Ergeb-

nis des Beteiligungsverfahrens in Kenntnis. Es haben insgesamt vier Träger vom Recht der Beteiligung Gebrauch gemacht. Die wesentlichen inhaltlichen Aussagen zu dieser Satzung sind, dass die Erhöhung der Kostenbeiträge moderat eingeschätzt wird, ein Träger hat zur Kenntnis genommen, das Konzept der Geschwisterermäßigung ist von einem Träger außerordentlich begrüßt worden und ein weiterer Träger hat signalisiert, dass er keine Einwände hat.

Entscheidend ist aber die Feststellung, wofür **Herr Dr. Raschpichler** den Beteiligten sehr dankbar sei, dass der Stadtelternbeirat nach entsprechender Rückmeldung über die Elternkuratorien dieser Beschlussvorlage die Zustimmung erteilt hat. Es wurde hier ein sehr sachlich orientierter Diskussionsprozess vollzogen, so dass diese Vorlage heute gut auf den Weg gebracht werden könne.

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, merkte an, einen grundsätzlichen Änderungsantrag zu haben. Es erschließe sich ihm nicht, warum eine Anhebung der Kostenbeiträge in dieser Form überhaupt nötig ist. Am 21. Mai hatte er um Erläuterung gebeten, wie die Anhebung zustande kommt und warum sie nötig ist. Bis heute habe er nichts bekommen. In den Sitzungen, in denen er war, ist es nicht erklärt worden, auch in der gestrigen Jugendhilfeausschusssitzung ist es nicht passiert.

Das neue Modell wurde im letzten August in Kraft gesetzt, damals gab es eine Anhebung der Kostenbeiträge um 5 %. Wenn man die etwa 3 %, die heute vorgeschlagen werde, hinzunimmt, sind es innerhalb eines Jahres 8 % Kostensteigerung. Bezug nehmend auf die Vorlage, wäre es eine Anhebung der nicht geförderten Kosten, der Kosten für die Betreuung abzüglich der Landeszuwendungen bei einem Gesamtvolumen von 13 Mio. € um 48.887,00 €. Das sei in Anlage B und C ersichtlich, es entspricht einer Anhebung von 0,37 %. Wenn man die 3 % Elternbeitragserhöhung umrechnet auf die nicht geförderten Gesamtkosten, entspricht das einer Anhebung von 0,9 %. Gleichzeitig soll der Beitrag, den die Stadt gegenüber den bisherigen Regelungen leistet, um diesen Betrag sinken. Der zu erhöhende Beitrag summiert sich auf über 72 T€. Dann soll nach der Vorlage in 2015 nochmals eine Erhöhung folgen in Höhe von 174 T€ - immer gegenübergestellt die Berechnung nach bisher gültigen Beiträgen. Die Stadt wird im Gegenzug um diesen Beitrag entlastet.

Das Jugendamt habe ausgeführt, dass nach gesetzlicher Regelung 50 % die Kommune tragen, 50 % die Elternbeiträge ergeben sollen. Das stimme so nicht. Es steht im KiFöG, mindestens 50 % soll die Gemeinde tragen von den nicht geförderten Kosten. Es gibt also eine Regelung, die derzeit bei etwa 58 % zu 42 % ist. Angesichts der Gesamtkosten, die er mit 48.887,50 € in 2014 bewertet habe, ist es für ihn nicht nachvollziehbar, warum die Elternbeiträge für den gleichen Zeitraum um 72 T€ steigen sollen.

Da ihm das nicht erklärt werden konnte, stelle er den **Antrag**, die Vorlage zur Überarbeitung in die Verwaltung und in die Ausschüsse zu überweisen, mit dem Ziel

1. eine Verteilung des Kostenaufwuchses zwischen Eltern und Stadt Dessau-Roßlau nach dem bisherigen Schlüssel zu erreichen (für 2014 wären es 48 T€ gewesen) und
2. die Beteiligung der Eltern an den Kosten eines Betreuungsplatzes in Kindertageseinrichtungen an einem einheitlichen Prozentsatz auszurichten. Dazu dient der bisher früher gesetzlich festgelegte Satz von 20 % als Orientierung.

Er denke, dass dafür bis Anfang 2015 genügend Zeit ist. Wir müssen nicht einen solchen Eildurchgang durch die Ausschüsse und Beteiligung der Träger und Kindertagesstättenkuratorien machen, wie es jetzt erfolgte, also keine 1,5 Monate bis heute.

**Herr Dr. Raschpichler** entgegnete zu diesen Ausführungen, er könne das Anliegen sehr gut verstehen, verweise aber darauf, dass genau diese Problematik zweimal im Jugendhilfeausschuss detailliert zur Sprache gebracht werden konnte. Deshalb gab es auch zwei Lesungen dieser Satzung im Jugendhilfeausschuss. Die Einbringung dieser Thematik war am 20.05. und gestern wurde das Thema ebenfalls besprochen. Er könne sich nicht entsinnen, dass das Anliegen von Herrn Giese-Rehm Bestandteil der Debatte war. Er verlasse sich an dieser Stelle auch auf die Ämter und Fachausschüsse, deren Votum eindeutig war und eine klare Aussage sind, wie mit solchen Vorlagen umzugehen ist. Auch könne er sich nicht vorstellen, dass das Jugendamt nicht in der Lage oder bereit war, ihm diese Fragen zu erläutern.

Die Auffassung, dass keine Eile bei der Vorlage bestehe, möchte Herr Dr. Raschpichler zurückweisen. Es bestehe sehr wohl Eile, da die alte Satzung ausläuft und man eine neue Rechtsgrundlage brauche. Zurzeit bestehen schon erhebliche Schwierigkeiten, den Bereich Geschwisterermäßigung u. ä. zeitnah umzusetzen. Es gehe hier auch um Eltern- und Kindesinteressen. **Herr Dr. Raschpichler** erkenne keine Notwendigkeit, nochmals die Fachausschüsse zu beteiligen. Für ihn sei das entscheidendste Votum das der Elternschaft, welches eine deutliche Sprache spreche. Es werde dort sehr wohl erkannt, dass die Stadt Dessau-Roßlau an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit stößt. Die Aussage, dass die Kostenbeitragserhöhungen durchaus moderat sind, spreche für einen solidares Empfinden zwischen Stadtverwaltung, Stadtrat und Elternschaft in unserer Stadt.

**Herr Giese-Rehm** erklärte, dass er nicht gelogen habe. Die Verwaltung war durchaus bereit, ihm die Auskunft zu geben, sie hat es nur nicht getan. Er sei auch Trägervertreter und insofern in doppelter Funktion in Sitzungen gewesen, er habe den Termin 21. Mai genannt. Doch wenn 48.887,50 € die Leistungsfähigkeit dieser Stadt übersteigen, brauche man über die nächste Vorlage nicht zu reden.

Über die von Herrn Dr. Raschpichler angesprochene Geschwisterermäßigung habe er wohlweislich gar nicht gesprochen. Die Geschwisterermäßigung haben wir bisher als Stadt völlig allein getragen und es gibt im KiFöG nach dem 1. 8. 2013 erstmalig eine Regelung, nach der das Land einen Teil dieser Ermäßigung trägt. Diesen kann das Jugendamt bisher nicht beziffern, aber sie wird kommen, evtl. in Höhe von 15 %. Er denke also, in diesem Bereich werde es eher eine Entlastung geben.

Die Vorgehensweise habe Herr Dr. Raschpichler dargelegt, stellte **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke und Stellv. des Stadtratsvorsitzenden**, fest. Es wäre dienlich gewesen, und so habe er immer gehandelt, wenn er ein Problem gefunden hatte, wenn mit den Elternvertretern geredet worden wäre. Diese wissen auch, worum es geht und haben dann die Fragen gestellt. Die Fragen seien aber von den Eltern so gar nicht gestellt worden. Ausdrücklich haben sich die Eltern im Ausschuss für die Umgangsformen, die Transparenz der Kalkulation und die Art und Weise, wie die Entscheidung vorgeschlagen wurde, bedankt.

Herr Hoffmann wolle davor warnen, in den einzelnen Nutzerstufen die 20 %-Regelung z. B. zu machen. Man habe schon gesehen, dass aufgrund der Unterschiedlichkeit des Nutzerverhaltens bei den unterschiedlichen Stundenbedarfen auch

unterschiedliche Beträge herauskommen, die eine sehr heftige Steigerung erfahren können. Genau deshalb haben die Eltern gesagt, sie nehmen unorthodoxe Steigerungen an, um in einem Solidarprinzip an diesen Stellen die Spitzen zu brechen und auf andere Nutzer zu verteilen. Dies nochmals aufzumachen, ist ein gefährliches Spiel, dem er nichts abgewinnen könne. Herr Hoffmann spreche sich für die Vorlage aus.

**Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** stellte keinen Diskussionsbedarf mehr fest und brachte den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Giese-Rehm auf Verweisung der Vorlage in den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Finanzen zur Abstimmung. Der **Antrag wurde mehrheitlich**, bei 4 Für-Stimmen und keiner Enthaltung **abgelehnt**.

Der Beschlussvorschlag zur Satzung in der vorliegenden Fassung wurde mehrheitlich angenommen.

**Abstimmungsergebnis:** 35:03:01

## **8.5 Weiterführung der im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes installierten Schulsozialarbeit** **Vorlage: BV/143/2014/V-51**

In dieser Art der Beratungsfolge sei es zu einem Problem gekommen, welches man in den Fachausschüssen deutlich zur Kenntnis genommen und auch diskutiert habe, erläuterte **Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales**. Wie Herr Glathe bereits angesprochen habe, habe der öffentliche Raum sehr wohl deutlich Signale gesendet, dass das Projekt Schulsozialarbeit ein erfolgreiches Projekt ist. Dabei ist es oft schwierig, wenn der, der das Geld dafür bereitstellte, hier war es der Bund über die Bildungs- und Teilhabeleistungen, das Projekt nicht weiterfinanziert. Deshalb habe man sich für diese Beratungsfolge entschieden, zunächst den Haupt- und Personalausschuss zu beteiligen, um dort die Grundsatzentscheidung zu diskutieren. Diese ist einstimmig gefallen.

Es müsse auch gesagt werden, dass der Bund in anderen Bereichen die Kommunen deutlich entlastet hat, aber auch, dass die Entlastung der Kommunen natürlich auch dort ankommen muss, wo soziale Belange betroffen sind. Deshalb wollte man auch die Grundsatzentscheidung in dieser Legislaturperiode für die Erarbeitung des Haushaltsplanes 2015. Mit diesen ca. 495 T€ habe man etwas, was im Jugendhilfeausschuss oftmals als Wunsch geäußert wurde, nämlich eine Art Budget bzw. Kostendeckungsquelle für ein fachlich zu untersetzendes Programm.

Es wurde festgestellt, dass zwei Schulen der Stadt noch keine Schulsozialarbeit haben und es an einer Schule in einer besonderen Lernform, dem „Produktiven Lernen“ offensichtlich Probleme gibt, eine Anschlussfinanzierung über ESF-Mittel sicherzustellen. Die Stadtverwaltung selbst habe durch Umschichtung von Mitteln erreicht, dass bis zum Jahresende die bestehenden Stellen zu Ende geführt werden können und man rede auch über das Jahr 2015 und damit über den Haushaltsvorbehalt des Jahres 2015.

In den Beratungen der Fachausschüsse ist allen klar geworden, dass wir in Abhängigkeit der Evaluierung Schulsozialarbeit, die noch nicht abgeschlossen ist, über die Aufteilung der Stunden an den einzelnen Schulen, über die Einbeziehung noch nicht betreuter Schulen und die Weiterführung einer Begleitung der besonderen Schulform „Produktives Lernen“ eine Entscheidung herbeiführen müssen. Deshalb gab es in den Ausschüssen eine Zurückhaltung in Bezug auf eine 100%ige Zustimmung, es gab dort Enthaltungen. Gestern wurde im Jugendhilfeausschuss nochmals intensiv das Thema diskutiert, auch in Bezug auf die Lernform „Produktives Lernen“. Herr Dr. Raschpichler verhehle nicht, darüber überrascht zu sein, dass offensichtlich nicht beachtet wurde, dass diese besondere Schulform, die durch das Land auch anerkannt wurde, auch einer besonderen sozialpädagogischen Begleitung dauerhaft bedarf. Hier solle angesetzt werden und er habe Frau Förster, Leiterin des Jugendamtes, gebeten dieses zu prüfen. Man werde mit dem Land Kontakt aufnehmen und auch die Träger bitten, ESF-Mittel, die vielleicht noch nicht in dem Umfang ausgegeben wurden, bis zum Jahresende einzusetzen. Man wolle versuchen, die bestehenden Schulsozialarbeitsstellen fortzuführen. Das ist vor allen Dingen ein Signal an die beschäftigten Schulsozialarbeiterinnen und –arbeiter, damit sie eine klare Perspektive vor der Sommerpause haben.

Als Einreicher gab **Herr Dr. Raschpichler** eine Änderung in der Vorlage bekannt. In der Anlage 3 „Kostenübersicht Schulsozialarbeit Stadt Dessau-Roßlau“ ist der letzte Satz auf dieser Seite: *„Das Projekt „Produktives Lernen“ ist hier nicht berücksichtigt, da am Schulstandort „Kreuzberge“ eine Personalstelle mit 40 Stunden wöchentlich für Schulsozialarbeit im Rahmen des ESF-programms „Schulerfolg sichern“ beschäftigt ist.“* zu streichen. Man wolle das Projekt gern berücksichtigen, d. h. im Jugendhilfeausschuss und auch im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport werde dieses Thema nochmals diskutiert. Wichtig sei heute, eine klare Vorgabe für den Planentwurf des Jahres 2015 zu haben.

Wenn es uns nicht gelingt, die erforderlichen Mittel aufzusatteln auf diese Summe, ist es auch legitim, dass man sich bemüht, solidarisch unter dem Dach der vorhandenen Mittel eine Lösung für alle Schulen zu finden. Dafür plädiere er und bitte um Zustimmung zur Vorlage.

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, brachte einen Änderungsantrag ein, der eine Folge der gestrigen Beratung des Jugendhilfeausschusses ist. Dort sei für ihn erstmals deutlich geworden, dass geplant ist, dauerhaft die beiden Stränge aus Schulsozialarbeit zusammenzuführen. Er frage sich, warum nicht gleich. Wenn man über das Jahr 2015 nachdenke, habe man noch ein halbes Jahr Zeit.

Der **Änderungsantrag** laute, den Punkt 2 zu ergänzen durch den Halbsatz

**„... ,soweit diese nicht bei den freien Trägern angegliedert werden können.“**

Es sollen also nur insoweit Stellen im Jugendamt neu geschaffen werden, soweit sie nicht bei den freien Trägern angegliedert werden können. Er denke, die Träger, die bereits Schulsozialarbeit als freie Träger leisten oder auch andere, sind damit zu betrauen, die anderen Stellen mit zu führen. Die Erfahrung sei da.

Nach der Begründung von Herrn Giese-Rehm sei der Satz tatsächlich so zu verstehen, die Stellen, um die es geht, sind erst einmal bei freien Trägern, bevor die Stadt in die Verantwortung tritt, schlussfolgerte **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke und**

**Stellv. des Stadtratsvorsitzenden.** Er wolle nicht bezweifeln, dass es sicherlich die Kompetenz bei den freien Trägern gibt, müsse aber sagen, es würde gar nicht geregelt, wie die Entscheidung zustande kommt, welcher Träger beauftragt wird. Wie sieht dann der Mix derer in der Stadt aus, die Schulsozialarbeit machen. Wenn die Trägerlandschaft bedient wird, ist möglicherweise die Kommune ganz heraus, was er nicht wolle. Er halte dies deshalb für eine gefährlich offene Stelle, da in dem Punkt 2 eine Zwangsbedingung enthalten sein würde. Die Änderung könne er so nicht mitgehen.

Zunächst ging **Herr Puttkammer, CDU-Fraktion**, auf die Ausführungen von Herrn Giese-Rehm ein. Es sei hier ein neuer Aspekt aufgetreten, welcher zumindest im Kulturausschuss nicht besprochen worden ist. Man habe gesagt, wenn wir dieses Projekt angehen, soll es auch langfristig kontinuierlich fortgeführt werden. Er sehe nun aber nach dem Vortrag die Kontinuität gefährdet.

Weiterhin wurde im Ausschuss moniert, dass wir im Verhältnis 1:8 Organisation zu tatsächlicher Arbeit stehen. Deshalb werde ein **Vorschlag eingebracht**, dass Punkt 2 der Beschlussvorlage **erweitert** wird durch **den Satz: „Der Koordinator hat bei Langzeiterkrankung der Mitarbeiter Springenfunktion.“** So könne gewährleistet werden, dass der Ausfall an einzelnen Schulen kurzfristig behoben wird. Herrn Puttkammer sei es durchaus bewusst, wenn der Koordinator laufend springen soll, gibt es Probleme. Letztendlich seien es aber Einzelfälle und es ist sinnvoll, wenn wir das über die Schulsozialarbeit machen, ansonsten bleibe es bei den Lehrern hängen. Jetzt müsse man sich befinden, ob es sinnvoll ist, dass das Ganze über freie Träger geht, wo wir aber nicht wissen, wie es weiterläuft. Gegen die Option, vielleicht langfristig über freie Träger zu arbeiten, hätte er aber nichts. Jetzt wolle er es aber so durchführen.

Er könne es durchaus nachvollziehen, dass bei einer ganzen Stelle ein Koordinator bei 8 Sozialarbeitern vielleicht unterfordert sein könnte, merkte **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke und Stellv. des Stadtratsvorsitzenden**, an. Allerdings wisse jemand, der im Bereich Schulsozialarbeit tätig ist, dass es doch eine Vielzahl von umfänglichen Berichtsbögen auszufüllen gibt. Wenn man dies nun öffnet und der Koordinator einspringt, wenn jemand erkrankt, bleibe eine Menge wichtige Arbeit liegen. Dies kenne er aus seiner eigenen Tätigkeit, die er einmal ausgeübt hat. Deshalb wolle er es tatsächlich bei einer ganzen Stelle Koordinator lassen.

**Herr Giese-Rehm** antwortete auf die Wortbeiträge. Er sei der Meinung, dass das Jugendamt an dieser Stelle im Wesentlichen Aufsichtsfunktion hat. Das soll es auch so durchführen, ohne im Interessenkonflikt zu sein, eigene Mitarbeiter zu beaufsichtigen und fremde Träger. Deshalb wäre es für ihn wünschenswert, wenn alle bei freien Trägern sind. Des Weiteren habe man in der Anlage 2 die Liste der schon in der Schulsozialarbeit tätigen freien Träger. Dieses Spektrum könnte noch breiter werden. Die Intention ist, wir müssen dahin kommen, dass das Jugendamt die Aufsichtsfunktion tatsächlich wahrnimmt.

Auf den Hinweis von Herrn Puttkammer eingehend, legte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler** dar, er habe deutlich gemacht, wenn über drei noch nicht gelöste Probleme gesprochen werde, könne es sein, dass im Zuge der Haushaltsdiskussion diese auch noch berücksichtigt werden müssen. Im Fachausschuss war auch klar

geworden, dass das Jugendamt und auch das Amt für Bildung und Sport dann über flexible Modelle nachdenken. Er sage deshalb an dieser Stelle zu, den Hinweis aufzunehmen, dass geprüft werde, die Springerfunktion an die Koordinatorenstelle zu knüpfen. Gegebenenfalls werde dies auch wieder in den Ausschüssen vorgetragen. Es seien Diskussionspunkte, die aber das Gesamtprojekt nicht in Frage stellen.

Was aber Herr Giese-Rehm jetzt vorschläge, stelle das Gesamtprojekt in Frage. Herr Dr. Raschpichler teile dessen Ansatz von Subsidiarität nicht, es handelt sich nicht um eine neue Leistung, die die Stadt in Trägerschaft anbietet, sondern um die Fortsetzung einer städtischen Leistung. Es gibt keinerlei Verpflichtung für die Stadt, eine Leistung, die sie bisher in eigener Trägerschaft gut erbrachte, in freie Trägerschaft zu geben.

Des Weiteren rede man natürlich von Schulsozialarbeit in Bezug auf die Wirkung an den Schulen, es liege uns aber allen am Herzen, auch über die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter zu reden als Arbeitnehmer, die jetzt städtisch in einem Arbeitsrechtsverhältnis stehen. **Herr Dr. Raschpichler** könne sich hier nicht vorstellen, wie Herr Giese-Rehm sich vorstelle, einen nahtlosen Übergang dieser Personen – und personelle Kontinuität ist auch unser Ziel – in freie Trägerschaft sicherzustellen. Man würde auch die Beteiligten vor Ort brüskieren, wenn wir jetzt die Leistung ausschreiben, welcher Träger jetzt welchen Schulsozialarbeiter weiter beschäftigt. Er könne die Argumentation von Herrn Giese-Rehm juristisch und auch von der Zielstellung her nicht nachvollziehen und bitte darum, seinem Änderungsantrag nicht zuzustimmen.

**Herr Dr. Raschpichler** bat um Beschlussfassung des vorliegenden Antrages der Verwaltung, so wie er in den Ausschüssen auch detailliert untersetzt wurde und mit seiner Protokollzusage, die offenen Dinge zu prüfen.

Aufgrund der Protokollzusage von Herrn Dr. Raschpichler ziehe er seinen Antrag zurück, erklärte **Herr Puttkammer**.

Der Antrag von Herrn Giese-Rehm auf Ergänzung des Punktes 2 mit einem Halbsatz wurde mehrheitlich abgelehnt (4 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung). Im Anschluss brachte Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner die Beschlussvorlage in der vom Einreicher vorgelegten Fassung zur Abstimmung.

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich angenommen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:01

## **8.6 Abwägung der im Rahmen der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau der Stadt Dessau-Roßlau eingegangenen Stellungnahmen**

**Vorlage: BV/145/2014/VI-61**

**Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** verwies darauf, dass mit dieser Vorlage in der Folge ein inhaltlicher Zusammenhang (Photovoltaikanlage) zu den Beschlussvorlagen der Tagesordnungspunkte 8.7 bis 8.10 besteht. Er schläge deshalb vor, diese

Punkte vor der Beschlussfassung im Zusammenhang zu erläutern und zu diskutieren. Hierzu gab es keine Einwände, so dass in der Art verfahren wurde.

Einführungsbedarf seitens des Einreichers wurde nicht angemeldet. Zur Diskussion meldete sich zunächst Herr Glathe.

**Herr Glathe, CDU-Fraktion**, teilte mit, von Bürgern aus dem Dietrichshain angesprochen worden zu sein, welche diese Photovoltaikanlage ablehnen. Von der Verwaltung wurde allerdings Konsens mit den Bürgern erklärt. Die Bürgerinitiative habe ihm auf Nachfrage gesagt, es gebe Konsens zu einem Kompromiss, der aber mit dem Investor und nicht mit der Verwaltung geschlossen wurde. Mit der Verwaltung habe sich das Ganze eher schwierig gestaltet. Für Herrn Glathe ergebe sich daher die Frage, was wird nun dort gebaut, wenn der Investor plötzlich abspringt und ein anderer Investor kommt.

Im Auftrag des Beigeordneten für Wirtschaft und Stadtentwicklung antwortete **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**. Sie führte aus, der heutige Beschluss sei mit einem Vertrag gekoppelt, da es sich um einen Vorhaben- und Erschließungsplan handelt. Wenn ein neuer Investor eintrete, ist ein erneuter Beschluss des Stadtrates erforderlich.

Zu der Frage erläuterte Frau Jahn, der Investor sei der Bürgerinitiative durch das Zurücknehmen des Vorhabens entgegengekommen. Vor der Beratung im Bauausschuss habe die Verwaltung mit der Bürgerinitiative zusammengesessen, wo diese ihre anerkennende Akzeptanz erklärt habe. Ein wesentlicher Punkt, der sie noch beschäftigt habe, werde außerhalb des Verfahrens derzeit durch sie selbst mit dem Investor noch ausgehandelt.

**Frau Storz, SPD und Stellv. des Stadtratsvorsitzenden**, kam auf die Ausgleichsmaßnahmen für die Beeinträchtigungen der Natur und Landschaft zu sprechen. Diese Kompensationsmaßnahmen seien dergestalt, dass 45 Kopfweiden im lockeren Bestand und andere Bäume praktisch bilanziert werden auf Erhaltung, Pflege und gegebenenfalls Ersatzmaßnahmen. Dazu gebe es eine Skizze, welche städtischen Grundstücke davon umfasst sind. Sie begrüße ausdrücklich auch für die Mildenseer Einwohner, dass der Bereich Scholitzer See in Richtung Hintersee für die Bepflanzung und Bebauung aufgenommen, rekonstruiert und wieder auf Vordermann gebracht wird. Sie verweise aber darauf, dass die Kompensationsmaßnahmen auf den städtischen Grundstücken mit einem roten Kreis eingezeichnet sind und bat um Erweiterung des Kreises bis an die Brücke Breitscheidstraße. Aber gerade dort habe man im Zuge des Hochwasserfalls des letzten Jahres enorme Baumabgänge. Durch die Uferabbrüche von 2 m, stehen die abgegangenen Bäume im Wasser und sind teilweise schon abgestorben. Sicher müsse dort in Zusammenarbeit mit dem Landeshochwasseramt gearbeitet werden, weil dort auch Deichsanierungsarbeiten entsprechend unserer Prioritätenliste im Hochwasserausschuss geplant sind. Es sei aber wichtig, den Bereich hinter der Brücke mit einzubeziehen. Sie bat um Unterstützung seitens des zuständigen Dezernates, da sie ansonsten einen entsprechenden Antrag stellen werde.



Nach protokollarischer Zusage durch **Herrn Beigeordneter Hantusch** stellte Frau Storz fest, dass seitens des Einreichers ergänzt wird, den roten Kreis für die Wirkungsmaßnahmen beginnend östlich der Brücke Breitscheidstraße zu erweitern.

**Herr Weber, Mandat CDU**, bemerkte, der BUND habe seine Bedenken als Stellungnahme allen Fraktionen zugesandt und gesagt, dass bezüglich der Amphibienumsetzung bisher nur  $\frac{1}{4}$  von dem, was geplant war, umgesetzt wurde. Er bat Herrn Hantusch um Bestätigung, dass alle vorgesehenen Maßnahmen auch wirklich bis zur Bebauung und Umsetzung erfüllt werden.

Es wurden intensive Absprachen zwischen dem Umweltamt und Initiativen getroffen, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Nach Bitten, dass **Frau Dr. Kegler** entsprechende Aussagen tätigt, bestätigte diese, dass die CEF-Maßnahmen, also die Maßnahmen, die vor Baubeginn erfolgen müssen und der Habitat-Optimierung dienen, noch nicht vollständig sind. Der Investor hatte spät angefangen. Diese Maßnahme sollte zum 31.03.2014 abgeschlossen sein. Erst auf Druck seitens der Stadt habe er die Maßnahmen bis zum 28.04.2014 zugesagt. Da die Eidechsen jetzt langsam herauskommen, mache man mehr kaputt, wenn man dort aufschüttet. Es wurden aber nicht  $\frac{1}{4}$ , sondern  $\frac{3}{4}$  der Amphibienumsetzung vollzogen. Wir haben auch deshalb diese Entscheidung so treffen können, weil der Investor zu dieser Zeit deutlich gemacht hat, nicht die gesamte Fläche sofort nach der Baugenehmigung zu bebauen, sondern das in Etappen zu machen. Es seien ca. 75 %, die er mit der Baugenehmigung macht und dafür sei die bisher vollzogene Maßnahme, wozu auch die 3.500 m<sup>2</sup> extensive Grünlandpflege gehört, ausreichend.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 18:04:18

**8.7 Abwägung der im Rahmen der Beteiligung zum vBpl 62 "Photovoltaik an der Hohen Straße" eingegangenen Stellungnahmen**  
Vorlage: BV/146/2014/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 15:04:21

**8.8 Billigung des Vertrages zur Sicherung externer Kompensationsmaßnahmen für den vBpl 62 "Photovoltaik an der Hohen Straße"**  
Vorlage: BV/147/2014/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 19:03:18

**8.9 Feststellungsbeschluss über die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes vom Stadtteil Dessau der Stadt Dessau-Roßlau**  
Vorlage: BV/148/2014/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 19:04:17

**8.10 Billigung des Durchführungsvertrages zum vBpl 62 "Photovoltaik an**

**der Hohen Straße"/Beschlussfassung über den vBpl 62 "Photovoltaik an der Hohen Straße" zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan  
Vorlage: BV/149/2014/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 19:04:17

**8.11 Städtebauliche Entwicklung Quartier Flössergasse  
Anordnungsbeschluss zur Umlegung nach BauGB  
Vorlage: BV/126/2014/VI-63**

**Herr Tschammer, SPD-Fraktion**, erklärte sich befangen und nahm an der Verhandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bat um Erklärung, wie sich die Wegebeziehungen zukünftig ergeben sollen. In der Vorlage sei es nicht so klar dargestellt. Im neuen Plan habe man immer noch städtische Grundstücke bezüglich Wege und Plätze, welche teilweise über jetzt noch bestehende Bauwerke (Anlage 2 zum Vertrag) gehen. Er vermutet, dass es sich hierbei um neu entstehende Weg bzw. Durchgänge handeln soll, was bedeuten würde, dass tatsächlich von diesen dort stehenden Blocks ein Teil weggenommen wird.

Die von Herrn Giese-Rehm getroffene Annahme stimmt, bestätigte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Genauere Angaben müssten aber durch Frau Jahn erfolgen. Diese erklärte, ein Durchgang werde ein Fuß- und Radweg, der andere tatsächlich eine Straße. Weitere Erklärungen zur Sachlage anhand der Pläne erfolgten durch Frau Jahn mit Herrn Giese-Rehm persönlich.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

**8.12 Teilentlastung der Kavallerstraße als Voraussetzung  
für die Funktionsfähigkeit des 1. Bauabschnitts  
Vorlage: BV/161/2014/PDR**

Aufgrund der Aussagen, die Einreicher seien gegen die Verkehrsberuhigung der Kavallerstraße, stellte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, vor seiner Einführung in die Vorlage richtig, eine Entscheidung auf der Grundlage von vorliegenden Fakten treffen zu wollen. Man habe sich auf die vier vorliegenden Punkte konzentriert. Im Zuge der zwischenzeitlich abgeschlossenen Haushaltsberatungen sei die Finanzierung der Ertüchtigung der Umfahungsstrecken gänzlich ungeklärt. Es werde über eine Öffnung der Fritz-Hesse-Straße nachgedacht, deren Zustand einen Neuausbau erforderlich macht.

Mit Ausnahme des grob kalkulierten Betrages für den verkehrsberuhigten Umbau der Kavallerstraße wisse man nicht, was diese Maßnahme kosten wird. An dieser Stelle müsse das Gesamtkonzept betrachtet und untersucht werden sowie vor Beschlussfassung einer Einzelmaßnahme die entsprechenden finanziellen Untersetzungen durchgeführt werden. Da bisher nichts im gerade beschlossenen Haushalt 2015 und Folgejahre dazu ausgeführt ist, verbiete sich eine Beschlussfassung abschließender

Art. Die Gemeindeordnung regelt klar, dass Beschlüsse, die finanzielle Auswirkungen haben, ausreichend zu untersetzen und die Auswirkungen darzustellen sind.

Der zweite Punkt habe ebenfalls mit der Gesamtbetrachtung zu tun. Momentan sollen 8.000 Fahrzeuge pro Tag aus der Kavallerstraße in die anliegenden Anwohnerstraßen verlagert werden, was zu erheblichen Belastungen und spürbaren Beeinträchtigungen für die dortigen Anwohner führe. Auch wurden die umweltseitigen Auswirkungen nicht untersucht. Aus einer Strecke von 450 m werden 8.000 Fahrzeuge in umliegende Gebiete mit entsprechenden Strecken um etwa 2,5 km verdrängt. Die Fahrtstrecke verlängert sich somit im Schnitt um 2 km. Es gebe keine Ausführungen zur Auswirkung auf die Umweltbilanz, sondern nur eine pauschale Aussage in der Stellungnahme von Herrn Hantusch, dass nach der Messung am Albrechtsplatz das marginal sein dürfte. Die feinstaubtechnischen Auswirkungen sowie der CO<sub>2</sub>-Ausstoß seien wesentliche Punkte, die die Anwohner interessieren.

Dazu komme ein weiterer Gesichtspunkt für die verbleibenden Fahrzeuge in der Kavallerstraße. Durch die Zusammenlegung von ÖPNV und Individualverkehr werde der Individualverkehr zukünftig bei jedem Halt des ÖPNV zwingend gestoppt. Das habe zur Folge, dass Wartezeiten im Individualverkehr entstehen, was auch wieder zu erhöhten Umweltbelastungen durch Anhalten, Losfahren und Wartezeit führt und zwar genau in dieser verkehrsberuhigten Zone, deren Aufenthaltsqualität erhöht werden soll. Auch das sei nicht betrachtet und untersetzt worden.

Auf die Stellungnahme von Herrn Hantusch eingehend, dass die Belastung der Anwohner der Kavallerstraße durch 8.000 Fahrzeuge jetzt auf andere Anwohnerstraßen verteilt werde, legte **Herr Bönecke** weiter dar, dass in der Abwägung auch die Anzahl der tatsächlichen Bewohner im Bereich der 400 m Kavallerstraße und die Anzahl der Anwohner in der Schlachthofstraße, Karlstraße, Friedrichstraße und Willy-Lohmann-Straße, was überwiegend reine Wohngebiete sind, betrachtet werden müssen. Auch das sei nicht erfolgt.

Um die Kritikpunkte, Erhöhung der Emissionen und der Wartezeiten herauszunehmen, sollte die Zentralhaltestelle nicht in die Straße vor dem Rathauscenter gelegt, sondern an der jetzigen Stelle, nämlich am Rand des öffentlichen Verkehrsraums, beibehalten werden. Dort können die Fahrgäste ungehindert vom Individualverkehr ein- und aussteigen und aufgrund der vorhandenen Ampelregelung sicher ihrer Wege gehen. Wenn dann nur noch über eine tatsächlich zeitlich befristete Verdrängung des Verkehrs gesprochen wird, nämlich bis 2021 die Umgehungsstraße Nord und die 2. Muldebrücke in Angriff zu nehmen oder bis dahin fertigzustellen, sei das eine Option, über die nachgedacht werden könnte.

Aufgrund der Vielzahl der Punkte werde es als geboten erachtet, dass der gesamte Rat sich zu diesem Projekt befindet und nicht nur ein Teil von 9 Stadträten im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, wovon auch nur ein Bruchteil bei der Beschlussfassung anwesend war.

**Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, verwies auf die Behandlung des Themas Kavallerstraße im Stadtrat und in den Ausschüssen seit Dezember 2012. In dieser Zeit wurden mehrere Beschlüsse gefasst, so dass jetzt eine Planung in Auftrag gegeben werden sollte, die in Richtung Beruhigung der Kavallerstraße geht. Werde diese Sache jetzt erneut gestoppt, gehe Zeit verloren. Mit dem Bauhausmuseum laufen hier 2 Dinge parallel, die auch parallel begleitet werden müssen. Irgendwann im Herbst

wieder mit dem Thema anzufangen, bedeute einen Zeitverlust, den er nicht akzeptieren könne. Er mahne an, diese beschlossene Sache zu Ende zu bringen.

Wie auch Herr Otto, habe er im Stadtrat gegen die Beruhigung der Kavaliertstraße gesprochen, erinnerte **Herr Weber, Mandat CDU**, und habe noch gesagt, bevor die Osttangente nicht kommt, sei das nicht machbar. Durch viel Sachkompetenz habe er sich überzeugen lassen, welche Möglichkeiten bestehen und es wurde mehrheitlich ein Beschluss gefasst. Nun wurden keine neuen Argumente beigebracht. In dem Zusammenhang verlas Herr Weber einen Leserbrief der Bürgerinitiative „Dessau, natürlich mobil“, in dem beschrieben wurde, dass es auch andere Möglichkeiten der Verkehrswegeentwicklung gibt, die Kavaliertstraße das Zugpferd für eine positive Innenstadtentwicklung ist und die vorliegenden Entwürfe vielversprechend sind. Ein Gutachten zur Entlastung der Kavaliertstraße liege nun vor und wägt alle realistischen Varianten zur Verkehrsberuhigung ab. Die Räte wären gut beraten, auf Fachleute zu vertrauen. Im Übrigen würde eine konsequente Verkehrslenkung über die Westtangente, besonders für den Schwerlast- und Durchgangsverkehr, die Gesundheit der Bürger am meisten entlasten. Der Weg über die Westtangente bedeute schlimmstenfalls zwei Minuten mehr Fahrzeit bei nahezu gleicher Strecke. Es werden sogar 4 km eingespart gegenüber einer Benutzung der Kavaliertstraße. Damit sei der günstigste Weg für den Durchgangsverkehr klar aufgezeigt und die Gesundheit der Bürger kann entlastet werden. Genau für diese Zwecke wurde die Westtangente gebaut. Eine Osttangente bedürfe es aber nicht, da die Route über Dessau-Ost weder ein Fahrzeitgewinn, noch eine Kraftstoffeinsparung bringe.

Auf die Ausführungen von Herrn Hartmann eingehend, bestätigte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wenn in der Verwaltung in der Sommerpause nicht gearbeitet wird, beginne man tatsächlich im September mit derselben Diskussion. Es sei aber Aufgabe, vor allem die finanziellen Auswirkungen darzustellen. Aus Sicht des Finanzausschusses sei das ein ganz wesentlicher Punkt bei einer solchen Maßnahme. Bezüglich der Abstimmung im Ausschuss, verwies Herr Bönecke darauf, dass dieser nur in Teilen die Abbildung des Stadtrates sei. Man habe einen beschließenden Ausschuss für diesen Bereich, aber auch eine Gemeindeordnung, die klar regelt, dass der Stadtrat jede Entscheidung an sich ziehen kann. Der Stadtrat habe das Grundthema auf den Weg gebracht, jetzt rede man aber über einen Teil der Umsetzung, wozu die finanziellen Auswirkungen nicht dargestellt und untersetzt wurden.

Herr Bönecke habe signalisiert, dass er die Verkehrsberuhigung und das Aufwerten der Kavaliertstraße selbst nicht in Frage stellt, stellte **Herr Hoffmann, 1. stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, fest. Bezüglich der Ostrandstraße verwies er auf die Haushaltssituation des Landes. Hier sollte man keine zu hohen Erwartungen haben. Er verstehe nicht, dass die noch fehlenden 600 m nicht gemacht werden, denn dann hätte man den Ring geschlossen und die heutige Diskussion nicht. Er wolle nicht warten, bis die grundsätzlichen Probleme geklärt sind, sondern praktische Dinge auf den Weg bringen, wie sie ursprünglich beschlossen wurden. Der Schwerlastverkehr sei heute schon ohne Osttangente zu regeln, indem man als Stadt veranlasst, dass in die Navigationsprogrammierung einige Dinge eingeschweißt werden, dass das vorhandene, inzwischen verlegte Tangentenkreuz, durch den Schwerlastverkehr anders genutzt werden kann. Er würde den Individualverkehr aus der Kavaliertstraße ganz herausnehmen und nur den ÖPNV belassen, was aber auch einer demokrati-

schen Mehrheit bedarf. Herr Hoffmann erwarte, dass zielführend weitergearbeitet und die von Herrn Bönecke gestellten Fragen geklärt werden.

Die Kavallerstraße war eine Prachtstraße, gab **Frau Dammann, FDP-Fraktion**, zu bedenken. Nun besteht die Chance, diese wieder dazu werden zu lassen. Sie war glücklich, dass ein Beschluss gefasst wurde und jetzt werde wieder alles infrage gestellt. Kein anliegender Händler könne verstehen, wenn das jetzt erneut verschoben wird.

**Herr Ehm, CDU-Fraktion**, betonte, wenn der Vorwurf der Verzögerung erhoben wird, verweise er darauf, dass es in der Stadt eine Verwaltung gab, die Pläne für die Stadt gemacht hat. Unter anderem wurde vor 15 Jahren ein Generalverkehrsplan durch diesen Stadtrat beschlossen. Dieser Generalverkehrsplan sei nicht überarbeitet worden und somit heute noch gültig. Ihm komme es wie Sabotage an diesem Generalverkehrsplan vor, weil man nicht per Zufall 8,3 Mio. € Fördermittel verfallen lassen kann. Das sei u. a. in den letzten 7 Jahren passiert. Wenn schon der Vorwurf der Verzögerung an dieser Verkehrsregelung in der Stadt erhoben würde, müsse auch darüber gesprochen werden, dass längst diese Umgehung fertig wäre und man ein attraktives Zentrum hätte, aber die Fördermittel vorsätzlich fallen gelassen wurden, was nicht zu verantworten sei. Die Fragen von Herrn Bönecke seien so zu sehen, dass die Finanzmittel geklärt sind, bevor etwas angefangen wird. Deshalb werbe er für die Vorlage und dafür, das künftig im Sinne des beschlossenen Generalverkehrsplanes gründlich zu bearbeiten.

**Frau Lohde, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, stellte den **Geschäftsordnungsantrag** auf Ende der Debatte.

**Herr Beigeordneter Hantusch** führte an Herrn Bönecke gewandt aus, dass im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt intensiv über die Vorlage gesprochen und die gestellten Änderungsanträge durch die Verwaltung übernommen wurden. Insofern sei der Prozess bis dorthin abgeschlossen. Er habe noch nie für ein Projekt so viel Zuspruch erfahren, wie für dieses Projekt. Händler, Unternehmen, Rechtsanwälte, Bürgerinnen und Bürger sagen gleichlautend, dass die Stadt dieses Projekt braucht und endlich mit der Umsetzung begonnen werden soll. In Einträgen in den sozialen Netzwerken zur heute vorliegenden Beschlussvorlage, insbesondere bei Facebook, werde vom überwiegenden Teil der Bevölkerung völliges Unverständnis geäußert.

Zu dem bereits angesprochenen heutigen Leserbrief ergänzte Herr Hantusch, dass hier mit Halb- und Alltagswissen argumentiert wird. Hier stelle sich die Frage nach den fundierten Beweisen. 800 Pkw Mehrbelastung pro Tag bedeuten nach Berechnung bspw. in der Fritz-Hesse-Straße ein halbes Auto pro Minute mehr. Diese Mehrbelastung soll nach Meinung des Einreichers die Krebs- und Sterblichkeitsrate in dieser Stadt exorbitant steigern, weshalb Großstädte entvölkert sein müssten. Dass ihm die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger am Herzen liegt, habe Herr Hantusch bereits mit dem Einbringen der Vorlage zur Abschaffung der Brenntage bewiesen. Dazu habe es viele Warnungen gegeben, aber er war damals genauso von der Vorlage überzeugt, wie er heute davon überzeugt ist, dass der Rückbau der Kavallerstraße notwendig ist. Seine Vorgehensweise ist eine andere, als die der Einreicher, was legitim sei. Es gebe Ziele, es würden Meilensteine geprüft, ob diese Meilensteine erreicht werden. Wenn ja, wie in diesem Fall, werde der Rest mit Augenmaß an-

gepasst. Die Einbringer dagegen verfolgen das überholte Konzept des Klein-Klein. So werde man nie rechtzeitig fertig, womit er 2019 meine. So verliere die Stadt Chance um Chance. Der Vorlage sollte nicht zugestimmt werden. An Herrn Bönecke gewandt, legte Herr Hantusch weiter dar, etwas wie die Fritz-Hesse-Straße habe man mit 75 T€ kalkuliert, sie werde aus dem Unterhalt bestritten. So einfach könnte man Probleme lösen, wenn man sie lösen möchte.

Die Diskussion war somit beendet und die Vorlage wurde zur Abstimmung gebracht.

Die Vorlage wurde abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:** 18:23:00

**Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

**Herr Hoffmann, 1. stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Beibehaltung der Öffentlichkeit, um Herrn Dr. Exner für seine geleistete Arbeit als Vorsitzender des Stadtrates im Namen dieses Gremiums seinen Dank auszusprechen und ihm einen Blumenstrauß zu überreichen.

Diese Gelegenheit nutzten weitere Fraktionen des Stadtrates für ihre Verabschiedung des Vorsitzenden des Stadtrates und auch des scheidenden Oberbürgermeisters, Herrn Klemens Koschig.

**Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, dankte allen für das gute Miteinander in den 20 Jahren seiner Tätigkeit im Stadtrat.

Im Anschluss wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

**8.13 Bestätigung Zuwendungsvertrag zwischen LSA und Stadt Dessau-Roßlau für das ATD und Rahmenvereinbarung mit den Gewerkschaften**  
**Vorlage: BV/154/2014/II**

*Der Tagesordnungspunkt, aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil in den öffentlichen Teil verlagert, wurde zu Beginn der öffentlichen Beschlusspunkte (vor 8.1) behandelt.*

Die Beschlussvorlage zur Bestätigung des Zuwendungsvertrages zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Dessau-Roßlau für das Anhaltische Theater und der Rahmenvereinbarung mit den Gewerkschaften führte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** ausführlich ein. Sie verwies auf das nach diesem mehr als ein Jahr andauernden und teilweise aufreibenden Prozess vorliegende Ergebnis der Anstrengungen vieler Beteiligten. Sie sprach allen Mitwirkenden auf allen Ebenen dafür ihren ausdrücklichen Dank aus. Ohne die tatkräftige Unterstützung der Mitarbeiter, der Theaterleitung und der Stadträte wäre dies nicht möglich gewesen und wenn der Stadtrat heute mit seiner Beschlussfassung dieses Ergebnis bestätigt, dann haben sich alle Mühen gelohnt.

Durch die im Theater erreichten einzelvertraglichen Regelungen für alle Beschäftigten wurde die Basis für die Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen geschaffen. Für den somit erfolgenden sozialverträglichen Stellenabbau in den nächsten Jahren sei die vorliegende Rahmenvereinbarung mit allen Gewerkschaften die Basis.

Mittelfristig werde die finanzielle Grundlage für den Erhalt des künstlerischen Profils durch den vorliegenden Zuwendungsvertrag mit dem Land und die darin vereinbarten deutlich höheren Zuschüsse der Stadt für das Anhaltische Theater geschaffen.

Die im Sanierungs- und Strukturkonzept fixierten Eckdaten zur sozialverträglichen Stellenreduzierung und die Rahmenbedingungen der mittel- und langfristigen Entwicklung der Stadt Dessau-Roßlau machen eine Veränderung der inhaltlichen und strukturellen Ausrichtung des Hauses notwendig. Dabei sind Strukturanpassungen, die dem künftigen Personalbestand entsprechen, unumgänglich.

Unter Berücksichtigung der Schwerpunktsetzung des Landeskulturkonzeptes sind die folgenden Überlegungen entstanden:

Das Anhaltische Theater soll sich mit den notwendigen Strukturveränderungen weiter als Haus mit einem künstlerisch unverwechselbaren Profil entwickeln und dabei neue Wege gehen, die bis 2020 im Land Sachsen-Anhalt und darüber hinaus Aufmerksamkeit für den Theaterstandort Dessau wecken sollen. Es geht dabei um ein Theaterangebot für ein traditionell gebildetes Publikum, das den demografischen Entwicklungen, der Prägung als Hochschul- und Bauhausstadt sowie der Ausstrahlung als Standort des Umweltbundesamtes und damit insgesamt den erweiterten Ansprüchen für die Bildung aller Bürger entspricht. Insbesondere mit anregenden Angeboten für junge und ganz junge sowie ältere Mitbürger der Stadt und der Region sollen diese in umfassender Weise und generationsübergreifend durch kulturelle Bildung aktiviert werden.

Das Anhaltische Theater ist für seine Gäste und für auswärtige Besucher als attraktiver Ort der Kommunikation und der Begegnung mit Kunst und Kultur weiter auszubauen. Dabei wäre es wünschenswert, dies in den Kontext einer Profilierung von Dessau-Roßlau als „Stadt der Bildung und Wissenschaft“ zu stellen. Die Theaterpädagogik (einschließlich der musikalischen Bildung) soll zu einer inhaltlichen Entwicklung neuer Prägung beitragen.

Es müssen neue Möglichkeiten einer künftigen Integration der Theater- und Orchesterarbeit in die Bildung gesucht werden. Das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bis 2017 konzipierte Förderprogramm "Kultur macht stark - Bündnisse für Bildung" kann dafür zusätzlicher Impulsgeber sein.

Der Prozess einer weiteren Profilierung als "Theater der Region" stellt unter den aktuellen Erfordernissen einer stärkeren Regionalisierung auf allen Gebieten eine weitere Herausforderung dar. Diese Regionalisierung sollte in engem Zusammenwirken mit dem Besucherring mit dem Ziel aktiviert werden, zusätzliche Besucher aus der Region (auch in erweiterter Ausdehnung) zu gewinnen und nach Möglichkeit weitere geeignete Spielstätten zu erschließen.

Darüber hinaus sind die Anstrengungen zu verstärken, um auf vielfältige Weise das kulturelle Leben der Stadt zu bereichern und insbesondere Theatergruppen, lokale und regionale Vereine und Initiativen zu fördern. Das schließt ein, Nachwuchskünst-

ler und Talente dabei zu unterstützen, erste Erfahrungen auf einer Bühne zu sammeln bzw. zu vertiefen.

Im Bereich des Musiktheaters sollte eine weitere Profilierung angestrebt werden, die der historischen Dimension großer Oper in Dessau entspricht und auf der Basis von Geschichte und Tradition der Stadt und der Region Impulse gibt, die in die Zukunft wirken. Das ausgezeichnete Solistenensemble des Musiktheaters, die auf hohem und höchstem Niveau musizierende Anhaltische Philharmonie unter Leitung von GMD Antony Hermus, des 1. Kapellmeisters Daniel Carlberg und des Kapellmeisters Wolfgang Kluge, der beeindruckende Opernchor sowie das verbleibende Ballettensemble sind als Fundament künftiger hoher künstlerischer Qualität zu erhalten und zu pflegen.

Die Anhaltische Philharmonie hat weit über die Grenzen Dessaus hinaus einen großartigen Ruf. Sie hat sich stets als ein zentraler Faktor im Theater- und Musikleben Dessaus erwiesen. Der gegenwärtige Generalmusikdirektor Antony Hermus knüpfte an die großen Traditionen an und setzt nachhaltige qualitativ herausragende künstlerische Akzente, die sich in der nationalen und internationalen Fachpresse eindrucksvoll widerspiegeln.

Die Auswahl der Anhaltischen Philharmonie und ihres GMD Antony Hermus als "Artist in Residence" zum diesjährigen Kurt Weill Fest ist Anerkennung für den Entwicklungsprozess der vergangenen Jahre. Die Pflege und Verbreitung des Erbes von Kurt Weill hat nach der Wende einen zentralen Platz in der Theaterarbeit und im musikalischen Leben der Stadt gefunden. Durch Antony Hermus wurden auch auf diesem Gebiet neue Maßstäbe gesetzt. Dabei ist die Einheit mit großem Musiktheater anknüpfend an die Interessen der Zuschauer wesentlich für die Zukunftsentwicklung des Anhaltischen Theaters. Mit der Verortung des Festivals für Neue Musik "IMPULS" in der Bauhausstadt Dessau werden neue Erwartungen zur Interpretation zeitgenössischer Musik geweckt und herausgefordert.

Es ist erklärter Wille aller Verantwortungsträger, das Puppentheater, welches in diesem Jahr 60 Jahre in Dessau besteht, als eine äußerst populäre Kultureinrichtung der Stadt zu sichern und dauerhaft zu erhalten. Mit über 150 Vorstellungen je Spielzeit und erreichten Besucherzahlen von mehr als 15.000 ist eindrucksvoll der Nachweis zum Fortbestand dieser besonderen "Kleinstsparte" erbracht. Es sollte geprüft werden, inwieweit die künftig dem Bereich Theaterpädagogik zuzuordnenden Schauspieler stetig in das Wirken des Puppentheaters einbezogen werden können.

Die Schaffung eines neuen Bereiches "Theaterpädagogik, Schauspiel und Musikpädagogik" am ATD könnte viel stärker dokumentieren, dass Theater nicht nur Teil von Kultur und Bildung ist, sondern letztendlich als Bindeglied zwischen beiden Sphären wirkt. Die personelle Besetzung ist im Bereich Theaterpädagogik entschieden zu verstärken.

Ausgehend von den umfangreichen beispielhaften Erfahrungen auf diesen Gebieten am ATD, insbesondere im musikalischen Bereich würde mit diesem Schritt nachhaltig der Grundaussage entsprochen werden, dass Theater, Musik und Tanz unersetzbar für die Persönlichkeitsbildung und für die Entwicklung sozialer Kompetenz sind. Mit der Einbeziehung von Schauspielern in diesen neu zu profilierenden Bereich wird nicht nur die enge Bindung von Schauspiel an die kulturelle Bildung und Theaterpädagogik dokumentiert, sondern auch eine Grundlage für eigene Schauspielprodukti-



onen im Sinne kultureller Bildung bis hin zum traditionellen Weihnachtsmärchen erhalten.

In gleicher Weise sollten die Mitglieder des Ballettensembles in grundsätzlicher Art und Weise in die kulturelle Bildung und Theaterpädagogik einbezogen werden.

Mit der theater- und musikpädagogischen Arbeit soll Kindern und Jugendlichen, aber zunehmend auch älteren Menschen der Zugang zur Welt des Theaters, zur Musik und zum Tanz auf vielfältige Weise ermöglicht werden. Das beginnt mit den Angeboten rund um den Vorstellungs- und Konzertbesuch, die von traditionellen Werkeinführungen über Projektvormittage im Theater, Premierenklassen, Schüler-, Jugend- und Familienkonzerten bis hin zu den "Theater-Scouts" und der Aktion "Philharmini" reichen. Gleichmaßen sollten die Angebote für die Lehrkräfte weitergeführt und zielstrebig erweitert werden.

Ausgehend von den dargestellten inhaltlichen Aspekten und den Überlegungen zur künftigen künstlerischen Struktur sind in Verantwortung der Theaterleitung unter Berücksichtigung der Erfahrungen am Haus sowie vorhandener Potentiale im Land Sachsen-Anhalt und darüber hinaus Grundlinien der künftigen Spielplangestaltung und stabiler Kooperationen zu erarbeiten.

Für den künftigen Betrieb des Alten Theaters sind Perspektivüberlegungen notwendig, die auch dort strukturelle Veränderungen in Verbindung mit der kulturellen Infrastruktur der Stadt ermöglichen. Das Puppentheater, Angebote der Theaterpädagogik und besucherwirksame Projekte von Schauspiel und Ballett könnten neben vielfältigen externen Kleinkunstangeboten, die sich in den vergangenen Jahren erfolgreich am Alten Theater entwickelt haben, Basis für diese Perspektiventwicklung sein.

Die Untersetzung der dargestellten Schwerpunkte für das ATD bedarf unter konsequenter Berücksichtigung der künftigen finanziellen und personellen Rahmenbedingungen ständiger kritischer Bestandsaufnahmen sowie Präzisierungen und detaillierter Ausarbeitungen zu den einzelnen Bereichen. Das schließt den gesamten Bereich der nichtkünstlerischen Abteilungen und Bereiche des Anhaltischen Theaters Dessau ein. Die künstlerischen und theaterpädagogischen Schwerpunktsetzungen werden die Anforderungen an die nichtkünstlerischen Strukturen bestimmen.

Abschließend schätzte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** ein, dass sich die künftige Theaterleitung an diesen Maßstäben messen lassen muss und merkte an: „In jeder Krise steckt auch eine Chance!“

**Herr Hendrik Weber**, Stadtrat mit CDU-Mandat, richtete sich an die Verwaltung sowie die Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates. Er betonte, dieses Theater ist und bleibe ein Staatstheater und Frau Nußbeck habe zu Recht das Lob an die hier vor Ort Mitwirkenden, vor allem an die Kolleginnen und Kollegen im Theater gerichtet. Er denke auch, die große Arbeit, die durch die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Stadträten und Mitarbeitern geschafft wurde, ist zu loben. Aber das Land habe uns verraten, hat sich unberechtigt aus der Affäre gestohlen, hat das größte Theater Sachsen-Anhalts im Stich gelassen und wir warten immer noch zu Recht auf die Rückgabe des Vermögens der Theaterstiftung.

Seine Freude über das 4-Sparten-Theater brachte **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke und Stellv. des Stadtratsvorsitzenden**, zum Ausdruck. Das war fester und

geschlossener Wille dieses Stadtrates und sicherlich auch vieler Bürger dieser Stadt. Es habe große Mühe gekostet, dieses zu sichern, weshalb sein besonderer Dank gerade in diesem Moment der Belegschaft, die mit einer sicherlich nicht einfachen, aber sehr deutlichen Entscheidung diesen Weg überhaupt erst ermöglichten. Es gebe genügend Beispiele, wo man sich auf Fokussierungen auf Musiktheater u.a. Dinge eingelassen hat, die aber gescheitert sind. Wir haben nun damit den Weg offen gehalten, dass unser Theater ein produzierendes Theater bleibt und der künstlerische Bereich auch weiterhin die Chance hat, die Arbeit fortzusetzen.

Auf einen Passus in dem von Frau Nußbeck Gesagten ging Herr Hoffmann ein, was die künftige Theaterleitung angeht. Diese hat sicherlich ganz bestimmte Aufgaben und wir werden als Stadt gefordert sein, was aus dem politischen Raum heraus getan werden kann, aber er signalisiere hier ganz klar sich zu wünschen, dass die neue Theaterleitung auch die alte ist. Wenn man mit diesen Personen diesen Weg gegangen ist, der nicht einfach war, könne er sich gut vorstellen, mit diesen den Weg weiterzugehen. Ganz sicher sei er sich, wenn es diesen deutlichen und erkennbaren Protest im ganzen Land – hier bedanke Herr Hoffmann sich auch bei der Solidarität der anderen Theaterschaffenden in Halle und Eisleben – nicht gegeben hätte, wären wir nicht an dieses Ziel gekommen. Wer still und leise versucht sein Recht einzuklagen, wird am Ende oft im Niemandsland landen, insofern war dieser laute Protest zwingend erforderlich und auch erfolgreich.

In einem kleinen Passus widerspreche Herr Hoffmann aber Herrn Weber: Das Land ist nicht nur das Land im Sinne von Kultusministerium, das Land ist auch der Landtag. Zumindest als Abgeordneter dieses Gremiums und mit einigen anderen Kollegen, die fraktionsübergreifend an dieser Problematik mitgewirkt haben, könne er sagen, wir haben im Hintergrund unwahrscheinlich gewühlt und den Druck mit aufzubauen und aufrechtzuerhalten bis zum Schluss. Insofern sei sicherlich vielen Dank zu sagen, aber auch dem Landesparlament. Wenn dieses nicht drangeblieben wäre, wäre es sicherlich nicht ganz so einfach verlaufen.

Die Tür sei geöffnet, jetzt gilt es zu arbeiten und das, was möglich ist zu bestätigen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** brachte die Vorlage zur Abstimmung.

Die Bestätigung des Zuwendungsvertrages und der Rahmenvereinbarung wurde mit einer Enthaltung ausgesprochen.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:01

**Herr Oberbürgermeister Koschig** schloss sich ebenfalls dem von Frau Nußbeck ausgesprochenen Dank an alle Beteiligten und Unterstützer an. Insbesondere dankte Herr Koschig Frau Bürgermeisterin Nußbeck mit einem Blumenstrauß.

## **11 Schließung der Sitzung**

**Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, schloss die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 26.09.14

---

Dr. Stefan Exner  
Vorsitzender des Stadtrates

E. Baumer  
Schriftführerin